

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXIX/170

6. September 1974

Unser Interesse: Ruhe in und um Berlin

Zur Aussage der "Prawda" über das Vier-Mächte-
Abkommen

Von Dr. Heinz Kreuzmann MdB
Mitglied des auswärtigen und des innerdeutschen
Ausschusses des deutschen Bundestages

Seite 1 und 2 / 53 Zeilen

Zum "Tag der Heimat"

Von Erinnerungen, Illusionen und Realpolitik

Seite 3 und 3a / 55 Zeilen

Regelmäßig in die falschen Tasten

Aussagen zur neuesten Rundfunkgebühren-Debatte

Von Dr. Ulrich Dübber MdB
Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages

Seite 4 bis 6 / 99 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 02 86 646 - 48 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 68 11

Unser Interesse: Ruhe in und um Berlin

Zur Aussage der "Prawda" über das Vier-Mächte-Abkommen

Von Dr. Heinz Kreuzmann MdB

Mitglied des auswärtigen und des innerdeutschen
Ausschusses des deutschen Bundestages

Das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin hat die Lage des westlichen Teils der Stadt erheblich verbessert. Mögen manche Abgeordnete der Opposition oft mit einer geradezu peinlichen Akribie nach Stäubchen suchen, die das Abkommen verdunkeln sollen: niemand kann bestreiten, daß durch das Abkommen die ursprünglich über der Stadt stehende Drohung des Aus Hungerns und allmählichen Absterbens durch das Vier-Mächte-Abkommen beseitigt worden ist. Nicht umsonst ist die wirtschaftliche Lage Berlins besser, als die mancher Teile der Bundesrepublik, haben sich neue Unternehmen in Berlin angesiedelt, lebt die Stadt mehr als manche andere vergleichbare Großstädte.

Daß sie das aufgrund eines sorgfältig ausbalancierten Abkommens tut, ist jedem klar, der sich mit diesem Abkommen gründlich befaßt hat. Nun droht der Passus des Abkommens, der vorsieht, daß die vorhandenen Bindungen zwischen der Bundesrepublik und Berlin aufrechterhalten und entwickelt werden sollen, immer wieder Anlaß zu Interpretationsschwierigkeiten zu werden. Die Sowjetunion will das nur als Hinweis auf die vorhandenen Verkehrsverbindungen ausgelegt wissen. Die "Prawda" spricht gegen Berlin-Konzessionen durch die Sowjetunion und die DDR, mit dem Argument, im Resultat der Annahme des Vier-Mächte-Abkommens sei keiner jemandem etwas schuldig geworden. Deswegen bedeute jeder Versuch einer einseitigen Erweiterung der Rechte oder eigenmächtigen Auslegung der Grundsätze dieses Abkommens eine Verletzung der ausgeglichenen Balance der Interessen der Beteiligten, die mit dem Abkommen gefunden worden sei. Die "Prawda" kommt dann zu dem Schluß, irgendjemand versuche mit alten Daten und Hinweisen darauf, daß in dem Vier-Mächte-Abkommen die

Bindungen Westberlins zur Bundesrepublik nicht verneint werden, die Rechtmäßigkeit dieses Schritts zu beweisen. Zu solchen Argumenten Zuflucht zu nehmen, bedeute "einen Schatten auf den hellen Tag zu werfen".

Gerade das aber, was die "Prawda" der Bundesrepublik vorwirft, versucht sie ja selbst. Die Bindungen Berlins an die Bundesrepublik werden in dem Abkommen nicht nur nicht verneint, sondern ausdrücklich anerkannt und als entwicklungsfähig bezeichnet. Die "Prawda" stellt das aber infrage und begibt sich damit auf den Weg einer einseitigen Interpretation, den sie der Bundesrepublik vorwirft, denn der von der Bundesrepublik vertretene Standpunkt wird ja auch von den Übrigen Unterzeichnern des Abkommens, außer der Sowjetunion, geteilt, wie ihre Noten gezeigt haben.

Wenn wir das hier feststellen, so geht es uns nicht darum, Schärfe in den Disput um den Begriff "Bindungen" zu tragen. Diese Bundesregierung hat durch ihre Ostpolitik gezeigt, daß es ihr um eine wirkliche Verständigung mit den Völkern Osteuropas und um eine gute Nachbarschaft auch mit dem anderen deutschen Staat geht. Dabei kommt es ihr vor allem darauf an, ihrerseits den neuralgischen Punkt Berlin statt zu einem trennenden, zu einem verbindenden Element zu machen. Das ist auch der sehnlichste Wunsch der Berliner Bevölkerung. Deshalb muß zwischen Bonn und Moskau auch über Berlin geredet werden, so wie Willy Brandt und der Generalsekretär der KPdSU, Leonid Breschnjew, seinerzeit über Berlin mit dem Willen geredet haben, jeden Streit um Berlin abzubauen. Dabei geht es nicht um Konzessionen, wie die "Prawda" meint, sondern darum, zu verhindern, daß Berlin zum Zankampfel zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR wird.

Die Sowjetunion soll wissen, daß die Bundesrepublik nur einen Wunsch und Willen hat, den, jeden Konflikt um Berlin zu vermeiden und damit den Menschen in Berlin die Ruhe und Sicherheit zu geben, die sie zum Leben brauchen.

(-/6.9.1974/ks/ex)

+ + +

Zum "Tag der Heimat"

Von Erinnerungen, Illusionen und Realpolitik

Noch vor nicht allzu vielen Jahren war der Tag der Heimat auch ein Tag gepflegter Illusionen. Das galt sicher nicht für die Masse der Vertriebenen und Flüchtlinge. Ihre Eingliederung in das wirtschaftliche, soziale und politische Gefüge der Bundesrepublik Deutschland gehört zu den Wundern deutscher Nachkriegszeit und zu den größten Gemeinschaftsleistungen unseres Volkes. Sie ging beinahe fugenlos von statten. Eine eigene Partei der Vertriebenen konnte sich nicht halten, sie verschwand wieder von der politischen Bühne. Ungelöste Flüchtlings- und Vertriebenenprobleme drohen anderen Ländern zum Verhängnis zu werden. Vom gnadenlosen Schicksal der Vertreibung aus generationenalter Heimat wurden in diesem Jahrhundert nicht nur die Deutschen betroffen. Noch heute leben ungezählte Millionen als Opfer eines übersteigerten Nationalismus, des Rassenhasses und von Religionskriegen ohne Hoffnung fern ihres angestammten Bodens in unzulänglichen Behausungen, gepeinigt von Hunger und Krankheiten und von sonstigen Nöten. Ihre menschliche Würde leidet Schaden.

Auch dieser Unglücklichen sollte man am "Tag der Heimat" gedenken.

Die Erinnerung an die verlorene Heimat begleitet den und die Betroffenen das ganze Leben. Bei vielen Kindern von Vertriebenen und Flüchtlingen, die mit ihren Eltern nach dem Zusammenbruch 1945/46 in das zertrümmerte und ausgehungerte Deutschland strömten und inzwischen 30 und 40 Jahre alt geworden sind, beginnt die Erinnerung an das schreckliche Drama der Vertreibung jedoch zu verblassen. Deren Kinder wiederum finden heute kaum Bezüge mehr zur Heimat ihrer Großeltern. Sie kennen sie nur aus Büchern oder aus Erzählungen der Älteren. Der Urlaubsaufenthalt an

der Riviera oder im sonnigen Spanien bedeutet für sie mehr als eine Reise in die Vertreibungsländer.

Das blieb und bleibt nicht ohne Einfluß auf den inneren Gehalt des "Tages der Heimat". Die junge Generation weiß damit nichts richtiges anzufangen, sofern überhaupt noch eine Resonanz zu verzeichnen ist. Sie unterscheidet sich nicht von den Gleichaltrigen der Einheimischen. Diese Generation denkt europäisch. Phrasologie bleibt ihr fremd, und sie will den Frieden gesicherter wissen, um ein Leben ohne Furcht führen zu können. Die Schatten der Vergangenheit düstern ihr nicht den Blick für die Zukunft.

Pommern, Ostpreußen, Schlesier und Sudetendeutsche sind heute völlig integriert in die Bundesrepublik Deutschland, und wohl kaum einer von ihnen, der sich Augenmaß und politische Vernunft bewahrt hat, hegt die trügerischen Illusionen, es würden sich eines Tages die Tore der verlorenen Heimat öffnen. Die europäische Wirklichkeit und die Machtverhältnisse in der Welt sprechen dagegen. Dieses Sich-Abfinden ist der bittere Preis für einen frevelhaft entfesselten Krieg, der Europa in seinen Grundfesten erschütterte und seine politische Landkarte völlig verändert hat. Unsere östlichen Nachbarvölker, denen, wie vielen anderen, soviel Leid geschah, brauchen einen deutschen Revanchismus nicht zu fürchten, es gibt für ihn keinen Boden, auch wenn hier und da an einem solchen Tag ewiggestrige nationalistische und wilhelmische Töne angeschlagen werden sollten. Sie bleiben leeres, rückwärtsgewandtes Geschwätz. Hier wird viel Schindluder mit den Gefühlen von Menschen getrieben, die Schweres und Allerschwerstes hinter sich haben und es auch zu bewältigen wußten. Ihnen gebührt Hochachtung und das Mitgefühl aller Bürger. Wer aber am "Tag der Heimat" durch Aufputzung nationalistischer Instinkte, durch Erweckung trügerischer Hoffnungen und unter Berufung auf ein irreführendes Geschichtsbewußtsein parteipolitische Geschäfte zu machen denkt, der dient nicht den Vertriebenen und Flüchtlingen, er schädigt zudem auch das Ansehen unseres Volkes und der Bundesrepublik Deutschland. Gedenken dies auch alle Redner bei ihrem Auftreten am "Tage der Heimat"?

Albert Exler
(-/6.9.1974/ks/ee)

+ + +

Regelmäßig in die falschen Tasten

Aussagen zur neuesten Rundfunkgebühren-Debatte

Von Dr. Ulrich Dübber MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages

Montage und mittwachs um 20 Uhr 15 betritt das Gewissen der Nation unsere Wohnstuben, verkörpert im Fernsehmoderator der Magazinsendung; anfangs ein bißchen links, dafür aber stramm rechts in der Mitte der Woche. Dieser liest dann, selten heiter, den Politikern ihre Leviten. Schonungslos wird enthüllt. Zartfühligen Abgeordneten der Mehrheitspartei, die sich mit ihrem Gewissen zu lange aufhalten; zeigt er auch mal ein eiskalt inszeniertes (Noch-) Vergehen nach § 218, damit alle wissen, was man Gesetzgebern zumuten kann.

Diese Magazinmacher haben auf alles eine Antwort. Sie zeigen uns, wie einfach es zugeht - wenn man nur will - und hinterlassen das wohlige Gefühl, Rätselhaftes endlich zu kapieren und dabei noch moralisch überlegen zu sein.

Wie schade, daß unsere Moderatoren nicht öfter ihre Intendanten treffen. Die hätten zum Beispiel Rat nötig, wie sie ihren Ministerpräsidenten und Landtagsabgeordneten sieben Monate nach der letzten Gebührenerhöhung bereits die nächste plausibel machen, obwohl jene ihnen die jetzigen Sätze bis einschließlich 1977 verordnet haben.

Unbegreiflich ist, wie der hochsensible Mechanismus des deutschen Rundfunks in eigener Sache mit fataler Regelmäßigkeit in die falschen Tasten greift. Was die Intendanten auf ihrer letzten Konferenz in Frankfurt am Main jetzt in Aussicht nehmen (u.a. früherer Sendeschluß, mehr Wiederholungen, Durchforstung der Hörfunkprogramme), ist nicht erschreckend, sondern

sollte als undramatischer Rationalisierungsvorgang gewertet werden. Es wird sich noch mancher Bürger über Sparmaßnahmen bei Staat und Gemeinde wundern, wenn 1975 die Auswirkungen der Steuersenkung zu verspüren sein werden.

Um Mißverständnisse abzustreifen: Ich halte eine kontinuierliche Anpassung der Gebühren an steigende Kosten beim Rundfunk für ebenso logisch wie beim Staatshaushalt und ich bin der Meinung, daß 10 DM 50 für das reiche Programmangebot sagenhaft billig sind. Aber darauf kommt es nicht an in unserer verzwickten Welt.

Der Rundfunkpreis ist nolens volens ein politischer Preis, dessen Ermittlung nur noch bedingt rational und deshalb kurios wie die buntgeschleckte deutsche Rundfunklandschaft überhaupt ist. Wir müssen mit ihnen leben, mit den Groß- und Zwergsendern so wie mit dem Föderalismus und seinem Bundesrat. Politik ist die Kunst, sich nach der Decke zu strecken. Verzweifelt Aufbäumen wie jene Idee, einen Wochentag fernsehfrei zu lassen, oder die Verringerung des Programmangebots als nationale Katastrophe zu bezeichnen, führen in die Verhärtung.

Und die ist längst da. So haben in der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft verärgerte Abgeordnete ein Horrorpapier entworfen, mit dem sie die politischen Fernsehprogramme in den Griff kriegen wollen. Die Chefredakteure bekommen die Zahl ihrer Magazinauftritte rationiert. Ein müder Zug politischen Finassierens liegt über den Steuerverhandlungen, nachdem das ZDF sich eigensinnig in die totale Manövrierunfähigkeit getrieben hat und die ARD-Anstalten mit ihren Werbefirmen ebenfalls von Steuerforderungen betroffen sind.

Die über Satellit unterhaltenen Verbindungen in andere Kontinente sind weniger gestört als die Beziehungen zwischen Rundfunkanstalten und Politikern - was nicht sein müßte! Letztere klagen über mangelnde Durchsichtigkeit des Wirtschaftsgebahrens, die Intendanten hingegen verweisen auf Geschäftsberichte und Rundfunkräte. Eigentlich müßten beide wissen, daß allein aussagekräftig die Stellenpläne sind, doch die werden nicht veröffentlicht. Wenn der WDR als größte Anstalt seine Personalaufwendungen pauschal mit 136 Millionen DM ausweist, kann sich daraus keine fundierte Etatkritik entwickeln.

Der Rundfunk verkündet ex cathedra, was der Nation frommt, doch ihm selbst ist das Hemd näher als der Rock. ARD und ZDF errichten - endlich - eine Gebühreneinzugszentrale mit EDV, die das unökonomische Kassieren durch den Briefträger ablöst. 350 krisenfeste Arbeitsplätze

entstehen, aber nicht im Zonenrand- oder einem anderen strukturachwachen Gebiet, sondern ausgerechnet im Ballungsraum Köln, wo man die Angestellten von der Privatwirtschaft abwerben und Putzfrauen aus der Voreifel importieren muß. Wenn der Bund 18 Millionen Autos im fernen Flensburg erfassen kann, sollten ARD und ZDF ihre Empfänger von Uelzen, Fulda oder Hof aus registrieren können.

Das Geld ist knapp geworden, auch weil der Rundfunk ihm fremde Aufgaben trägt. Das Schulfernsehen gehört aus den Volksbildungsgetats der Länder finanziert und nicht aus Rundfunkgebühren. Politiker, die ihre schwache Landeskasse schonen wollten, trafen sich mit Programmdirektoren, die ihre Häuser arrondierten. Die jetzt "nein" zu höheren Gebühren sagen, profitieren stillschweigend von dieser unreell erworbenen Dienstleistung.

Die Anstalten haben sich lange nicht energisch genug gegen den falschen Eindruck gewehrt, sie schwümmen im Geld. Ihr und ihrer Töchter wie z.B. der Ateliiergeellschaften Expansionsstreben täuschte eine Vitalität vor, die Privatunternehmen angestanden hätte, weniger Organen der öffentlichen Hand. Nunmehr subventioniert der Rundfunkteilnehmer über den großzügigen Gebührenerlaß den staatlichen Sozialetat.

Politiker, die große Personalkörper nicht durchschauen, helfen sich mit der Lebenserfahrung, daß knappe Mittel bereits als solche Rationalitätsfördernd wirken. Das ist bei der Vermehrung von Hauptabteilungsleitern nicht anders als bei der von Ministerialdirigenten. Programmkürzungen oder mehr Wiederholungen im Fernsehen sind durchaus diskutabel, wo ohnehin, nach dem Verblässen der Neuheit, die Zuschauerzahlen sinken. Warum soll man darüber klagen?

Dem Hörfunk ist das längst so gegangen, wenngleich es hier auch, aus Gleichgültigkeit oder Gewohnheit, noch überflüssige Doppelproduktionen gibt (drei durchgängige Nachtprogramme, fremdsprachliche Sendungen). Der Deutschlandfunk sendet abends für viele Hörer vergeblich, weil er im Mittelwellenchaos nicht durchkommt, ihm aber dennoch keine Ultrakurzwellen zur Verfügung steht. Im Fernsehen würde es an Wahlsonntagen genügen, wenn jeweils alternierend nur eins der Programme die Auszählung übertrüge.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland kann sich bescheiden lassen, das wahrscheinlich optimal verfaßte Gebilde für diese beiden Medien zu sein. Der Leistungsstandard ist hoch, das Maß an Autorität, vor dem sich Politiker gelegentlich fürchten, weil ihre Wähler dran glauben, häufig verdient. Deshalb wollen wir eigentlich die Rundfunkanstalten nicht länger in der Pose gewöhnlicher pressure groups sehen. Sie haben einen Ruf zu verlieren!
(-/6.9.1974/ks/ex)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert